

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen***Zukunftsperspektiven für alle Jugendlichen: Ausreichend Ausbildungsplätze sicherstellen, Warteschleifen abschaffen, Altbewerber/-innen Chancen geben!***

Trotz der Bemühungen des Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs hat sich die Ausbildungssituation in den letzten Jahren nicht verbessert. Zwar konnte die Anzahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse im Land Bremen im Ausbildungsjahr 2006/2007 leicht gesteigert werden. Jedoch reicht das Angebot bei weitem nicht aus, um allen ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können.

Die Anzahl der gemeldeten Ausbildungsstellen nimmt ab, die Anzahl der Ausbildungsplatzsuchenden nimmt zu und die Anzahl der so genannten Altbewerber/-innen, die sich bereits im Vorjahr vergeblich um einen Ausbildungsplatz beworben haben, nimmt ebenfalls zu und ist mit einer Quote von 63 % in Bremen und 54 % in Bremerhaven extrem hoch. Viele Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag gelten zunächst als vermittelt, weil sie eine Berufsvorbereitungsmaßnahme oder einen Ein-Euro-Job angefangen haben. Sie bewerben sich ein Jahr später erneut um einen Ausbildungsplatz; ohne Garantien, dass die Maßnahmen ihre Chancen erhöhen oder die erworbenen Kenntnisse auf die Ausbildung angerechnet werden.

Im Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs werden nur die neu eingeworbenen Ausbildungsplätze gezählt, aber die offenbar in fast der gleichen Größenordnung weggefallenen Ausbildungsplätze nicht gegengerechnet – dies wird der eigentlichen Aufgabenstellung, „allen ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen“, nicht gerecht. Auch so genannte Altbewerber/-innen brauchen größere Chancen. Hier besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf. Darüber hinaus müssen berufsvorbereitende Maßnahmen so ausgestaltet werden, dass sie verstärkt auf die Ausbildung angerechnet werden können. Der Senat muss seinen Einfluss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nutzen und Ausbildungsleistungen bei Vertragsunternehmen einfordern.

Wir können und wollen es nicht zulassen, auch nur einen Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven zu verlieren und in die Perspektivlosigkeit zu entlassen. Deshalb muss der Senat darlegen, welche Maßnahmen er für geeignet hält, um allen ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten, wenn die Anstrengungen des Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs weiterhin nicht ausreichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. im Rahmen des regionalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs nicht nur Zielzahlen für neu akquirierte Ausbildungsplätze zu vereinbaren, sondern auch Zielzahlen für die Erhöhung der Gesamtzahl an angebotenen Ausbildungsplätzen und der Quote der ausbildenden Betriebe anzustreben;
2. in Zusammenarbeit mit den Partnern im regionalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs ein Aktionsprogramm zu erarbeiten, um jungen Menschen doch noch eine Ausbildung zu ermöglichen, die heute arbeitslos oder nur geringfügig beschäftigt sind, nachdem sie in vergangenen Jahren vergeblich versucht haben, einen Ausbildungsplatz zu finden;

3. bei den Berufsausbildungsvorbereitungsplätzen, die vom Senator für Bildung und Wissenschaft und von der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales angeboten werden, den Anteil an abschlussorientierten bzw. anschlussfähigen Maßnahmen zu erhöhen, bei denen der fachpraktische Unterricht im Mittelpunkt steht, die durch betriebliche Praxisphasen begleitet werden und die bei der Aufnahme einer dualen Ausbildung auf die Ausbildungszeit angerechnet werden können;
4. bis April 2007 der Bürgerschaft (Landtag) eine Änderung des Vergabegesetzes vorzuschlagen, wie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Betriebe bevorzugt werden können, die Ausbildungsplätze bereitstellen, sich an Ausbildungsverbänden beteiligen oder an tariflichen Umlageverfahren zur Sicherung der beruflichen Erstausbildung teilhaben;
5. darzulegen, welche zusätzlichen Maßnahmen der Senat für geeignet hält, das Ziel zu erreichen, allen ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können, wenn die Anstrengungen im Rahmen des regionalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs dafür weiterhin nicht ausreichen.

Silvia Schön,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen